

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unser Einzelband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saue und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauen M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—

Die neunspaltige Nonparillzeile ober dem Raum kostet 6.— M. einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Text, Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 30

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Das Kinderelend in Deutschland

### Die Folgen der Teuerung

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Milch hatte eine unerhörte Preissteigerung zur Folge, durch die die Ernährung der Schwangeren, Kinder und Kranken auf das Schwerste gefährdet wird. Die Fraktion der U. S. D. hat deshalb im Preussischen Landtag den Antrag gestellt, ausreichende Mittel flüssig zu machen, damit es der minderbemittelten Bevölkerung möglich wird, den Kranken und Kindern die unentbehrliche Milch zuzuführen.

Der Antrag kam am Donnerstag und Freitag im Preussischen Landtag zur Verhandlung. Er wurde von der Genossin Christmann begründet, die darauf hinwies, daß die Preisgabe der Milchwirtschaft dieselbe preissteigernde Wirkung gehabt hat, wie seinerzeit die Preisgabe von Eiern, Hafer, Brotpetreide usw. Der Preis für den Liter Milch ist teilweise auf 4 Mark pro Liter gestiegen. Die Kinderbemittelten sind daher nicht mehr in der Lage, die Milch zu kaufen. Dieser Mangel verschlimmert sich durch die neue Preiswelle, deren Folge es sein wird, daß der Milchkonsum der minderbemittelten Bevölkerung noch weiter zurückgeht. Die Notlage der Mütter und der Kinder muß sich dadurch dauernd verschlimmern.

Genossin Christmann wies dann an der Hand von statistischen Materials den Umfang der Säuglingssterblichkeit, die in der Hauptsache auf Unterernährung zurückzuführen ist, einleitend nach. Die Säuglingssterblichkeit nimmt nach ihren Ausführungen besonders im Ruhrgebiet erschreckend überhand. In Essen stieg die Sterblichkeit der Kinder unter zwei Jahren von 500 im Jahre 1913 auf 700 im Jahre 1920. Außerdem ist ein Rückgang der Geburten um über 2000 pro Jahr zu verzeichnen. Die Zahl der Sterbefälle an Tuberkulose stieg von 392 auf 1260.

Erschütternd ist auch das Material über den Gesundheitszustand der Düsseldorfster Volksschulkinder. Dort waren 1466 Mädchen der Volksschule im höchsten Grade unterernährt. 2659 hatten die Krankheitsgrenze erreicht, 3516 waren ernstlich erkrankt an Tuberkulose und Rachitis, und nur 55 Kinder konnten als normal gesund bezeichnet werden.

In Solingen ergibt sich folgendes Bild: Bei der Neuaufnahme der Schulkinder wurde festgestellt, daß 30 Prozent der Schulknechtlinge von der Tuberkulose angefaßt sind. Vor dem Kriege waren es nur 14 Prozent. Die Rachitis war früher in Solingen kaum bekannt. Heute sind fast alle Kinder von dieser Krankheit befallen. Sehr viele haben wieder das Laufen verloren. 1914 mußten in Solingen von 100 Schulknechtlingen 28 wegen Schwäche zurückgestellt werden, heute 123. Die Zahl der Totgeburten stieg von 6 auf 11 Prozent.

In Barmen ergab sich, daß 32 Prozent der dortigen Schulkinder hochgradig unterernährt und 27 Prozent an der Tuberkulose erkrankt sind. Manchmal ist es unmöglich, das Alter der Kinder festzustellen. Achtjährige sehen vielfach aus, wie früher die Fünfjährigen. Der Barmer Schularzt Dr. Soffer hat aus-

geführt, daß durch die Unterernährung die Kinder solche Schäden an Leib und Seele erlitten haben, daß sie nicht wieder gutzumachen sind.

Genossin Christmann wies weiter darauf hin, daß infolge der Milchknappheit die Kartenmengen herabgesetzt worden sind. Trotzdem können in vielen Verkaufsstellen, wenn die Kartenbelieferung vorüber ist, bemittelte Leute Frischmilch in genügender Menge kaufen. Das ist ein schlagender Beweis dafür, daß die Unbemittelten nicht einmal in der Lage sind, die ihnen zustehenden verringerten Mengen der Kartenbelieferung zu beziehen.

Vielmehr wird auch die Frischmilch zu Trockenmilch verarbeitet, die dann in den Schokoladenfabriken Verwendung findet. Die Schokoladenfabriken liefern einen großen Teil ihrer Produkte ins Ausland und erzielen damit ungeheure Salutarerträge. Die deutschen Schokoladenfabriken haben nach dem Kriege geradezu riesige Dividenden verteilt. Dieser Reichtum von der Staatsregierung unterbunden werden.

Wie stellen sich aber die Agrarier zu dem Elend der Kinder? Sie drohen mit dem Plejerstreik und verlangen schon jetzt wieder eine neue Erhöhung des Milchpreises. Neue Not und neues Elend müssen die Folge sein, wenn die Regierung nicht rasch durchgreift.

Die Vertreter der agrarischen Parteien versuchten im Landtag die anklagenden Ausführungen der Genossin Christmann abzuschwächen. Das gelang ihnen nicht. Sie entküllten sich als die brutalsten Vertreter ihrer Klasseninteressen, auch die weiblichen Vertreter spielten mit. Das müssen sich die Arbeiterfrauen für die Zukunft merken.

Der Antrag der Unabhängigen wurde schließlich einem Ausschuß übergeben.

### Der Münchener Stadtrat und die Teuerungswelle

Der Münchener Stadtrat erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: „Die zunehmende Teuerung hat die wirtschaftliche Lage der Schwerverkriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, Witwen und Waisen, Invaliden und Kleinrentner usw. bis zur äußersten Not verschärft. Viele Tausende von Familienvätern, Müttern und Kindern sind nicht mehr imstande, ihren Hunger auch nur mit Brot und Kartoffeln zu stillen. Seit langer Zeit entbehren sie schon die notwendige Wäsche und Kleidung. Es ist nicht möglich, auch nur im bescheidensten Maße für den kommenden Winter für Brennstoffe zu sorgen. Die Notlage muß verzweifelte Verhältnisse schaffen, wenn ihr nicht entschieden gesteuert wird. Die öffentliche Fürsorge allein kann nicht mehr genügen, um dem Elend abzuhelfen. Wir rufen deshalb die Münchener Geschäftswelt auf zur Tat und bitten die Industrie, sowie Handel, Handwerk und Gewerbe sich freiwillig zu verpflichten, durch ihre Korporationen dem Wohlfahrtsamt der Stadt München angemessene Beiträge zur Verfügung zu stellen.“

Durch Wohltätigkeit ist dem Elend nicht beizukommen. Der Staat hat die Pflicht, sich der Bedrohten anzunehmen.

„Echo de Paris“ macht dazu die Bemerkung, daß Frankreich von den Summen, die Deutschland schulde, nichts erhalte, weil die Naturalleistungen auf das französische Reparationskonto gebucht werden. Wenn die deutsche Note richtig sei, müsse man zugeben, daß die Abmachungen zwischen Loucheur und Rathenau keine rückwirkende Kraft mehr haben.

### Der Staatsstreich in Westungarn

U. Wien, 1. Oktober.

Während von ungarischer Seite gestern normittag noch die Errichtung einer selbständigen Regierung in Westungarn abzuleugnen versucht wurde, geben nunmehr auch die ungarischen Blätter diese Tatsache mitgeteilt zu. Ein dem Abgeordneten Friedrich bestehendes Mittagsblatt gesteht in seinem Leitartikel: Die Situation beginnt eine derartige zu werden, daß sich die Aufständischen immer von den Verfügungen der durch die Regierung dorthin entsandten militärischen Organisationen unabhängig machen. Es treffen Nachrichten ein, daß eine selbständige Staatsgestaltung in Bildung begriffen ist, und es kann leicht geschehen, daß ganz Westungarn von dem Mutterlande sich löst. Seitens der österreichischen Regierung wird erklärt, daß durch die Schaffung einer selbständigen Regierung in Westungarn sich die Situation für Oesterreich nicht geändert hat. Oesterreich hat von der neuen westungarischen Regierung der Völkervertragskonferenz Mitteilung gemacht, deren Aufgabe es nun ist, zu der neuen Sachlage Stellung zu nehmen. Keinesfalls aber wird die Entscheidung der Völkervertragskonferenz durch die Errichtung einer selbständigen Regierung in Westungarn irgendwie beeinflusst.

Die tschechoslowakische Regierung hat an die Alliierten eine Note gerichtet, in der ein Protokoll über die jüngsten Besprechungen zwischen Beneß und dem österreichischen und dem ungarischen Gesandten enthalten ist. In der Note wird betont, daß den Hauptgegenstand der Besprechungen die Räumung der westlichen Komitate Ungarns und eine friedliche Einigung zwischen Oesterreich und Ungarn gebildet habe. Die tschechoslowakische Regierung werde mit den alliierten Mächten zusammenwirken, um die Durchführung des Friedensvertrages sicherzustellen.

## Die Lage in Sachsen

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Vorigen Mittwoch trat der Sächsische Landtag zu einer Sonder Sitzung zusammen, die um deswillen von Bedeutung ist, weil sie zur Klärung der politischen Verhältnisse beitrug. Auf der Tagesordnung standen die Grund- und Gewerbesteuerergesetzentwürfe der Regierung. Von ihrer Annahme hängt der Bestand der gegenwärtigen Regierung ab, weil die Einnahmen unbedingt gebraucht werden.

Schon einmal war um der beiden Vorlagen willen eine außerordentliche Sitzung einberufen worden, und zwar im Juli. Damals mußten aber die Beratungen vertagt werden. Die Kommunisten lehnten die Steuern ab und die Bürgerlichen hatten den Gewinn davon. Hofften es wenigstens! Denn die Vorlagen hätten, den Wünschen der Bürgerlichen entsprechend, verschlechtert werden müssen, wenn sie mit deren Hilfe angenommen werden sollten. Die Bürgerlichen versuchten aber natürlich die Situation überdies noch auszunutzen, um sich die Regierung gefügig zu machen oder sie zu sprengen. Aber die Regierung war gewillt, an das Land zu appellieren und Neuwahlen auszusprechen.

Inzwischen hat anscheinend den Kommunisten ein wenig gedämmert, wie unverantwortlich und im Grunde reaktionär ihr Gedahren ist. Wenigstens konnte man das ihrem jüngst stattgefundenen Landesparteitag entnehmen, auf dem diejenigen, die die Regierungstürzerlei um jeden Preis betreiben möchten, in der Minderheit blieben. Die Mehrheit will „den psychologischen Moment abpassen“, in dem die Arbeiterschaft den Regierungsturz „begreifen“ würde. Aber da muten die Kommunisten nun einmal der sächsischen Arbeiterschaft zuviel zu! Diese ist „unfähig“ genug, nicht einsehen zu können, weshalb eine Machtposition — die ohne Zweifel die sächsische Regierung darstellt — denn selbst die Kommunisten geben das zu — zugunsten der Orgeschiten aufgegeben werden soll.

In Wahrheit liegen die Dinge so, daß die Kommunisten nur das völlige Versagen ihrer Theorien verschleiern möchten. Sie sind grundsätzlich Anti-Parlamentaristen, unterstützen aber trotzdem seit Anbeginn die gegenwärtige sozialistische Regierung. Die Wirklichkeit steht so sehr in Kontrast mit der kommunistischen Auffassung, daß die Arbeiterschaft rebelliert. Sie verlagert den Kommunisten die Gefolgschaft. Daher die kommunistische Neuorientierung! Die Kommunisten haben Furcht, sich in Neuwahlen vor der Arbeiterschaft verantworten zu müssen.

So stimmten sie denn in der Sonder Sitzung des Landtages den Steuervorlagen der Regierung zu. Dadurch konnten die bürgerlichen Verschlechterungsanträge abgelehnt werden. Das Bürgertum ist sehr enttäuscht. Ihm sind, wie so manchmal schon, die Felle davongeschwommen. Aber diese Enttäuschung wird nicht wenig zur Aufklärung über die bisher von den Kommunisten verfolgte Taktik, die ja nicht aufgehoben, sondern nur auf einen geeigneten Zeitpunkt verlegt worden ist, beitragen. Die kommunistischen Arbeiter werden zum Nachdenken über Theorien angeregt werden, die in ihrer Anwendung den Interessen der Arbeiterschaft direkt ins Gesicht schlagen. Und sicher werden wiederum viele bisher kommunistisch orientierte Arbeiter sich zuverlässigere Vertreter ihrer Interessen suchen, als es jene sind, die jeden Moment durch angeblich revolutionäre, in Wahrheit zumeist reaktionäre Handlungen dem Bürgertum zum Triumph verhelfen können.

Nunmehr unternimmt der kommunistische Landtagsabgeordnete Sievert im Chemnitzer „Kämpfer“ einen Rechtfertigungsvoruch der kommunistischen Taktik. Aber er geht nicht allzu geschickt zu Werke. Man hat unwillkürlich den Eindruck, daß er etwas papageienhaft die Ausführungen variiert, die Friesland von der kommunistischen Zentrale auf dem sächsischen Landesparteitag vorgelesen hatte. Nach Sieverts Auffassung hat die sächsische Regierung natürlich nur den Wünschen der Kapitalisten Rechnung getragen und im übrigen nichts geleistet. Aber, so fährt Sievert fort, „die Arbeiter hoffen und glauben noch heute an die Macht und an den Willen der sozialistischen Regierung, den Arbeitern zu helfen. Wir müssen ganz offen anerkennen, daß die Illusionen und Hoffnungen der Arbeiter heute noch nicht zerstört sind.“

Und Sievert empfiehlt deshalb eine Erklärung der Fraktion der Kommunisten, in der ganz offen ausgesprochen wird, „daß wir für die Grund- und Gewerbesteuer nur stimmen, um der sozialistischen Regierung, der Sozialdemokratischen und Unabhängigen Partei auch weiterhin die Gelegenheit zu geben, sich bei den Massen — — — um den letzten Kredit zu bringen. Dadurch und durch die Aufklärungsarbeit der Kommunisten unter den Massen wird bald der Zeitpunkt herbeigeführt, wo die Arbeiter in ihrer Masse bereit sind, mit dem Spul der sozialistischen Regierung Schluss zu machen.“

Die Gedankenstriche haben wir angebraucht. Sievert war sich offenbar seines Botspruches nicht bewußt. Die beiden sozialistischen Parteien werden natürlich von der ihnen gegebenen Gelegenheit weiterhin Gebrauch machen. Und wenn sie auch wie bisher mit dem Erfolg zufrieden sein können, dann werden die Kommunisten bald keine Gelegenheit mehr

### Die militärischen Sanktionen

Auch ihre Aufhebung möglich

Paris, 30. September.

„Zeit Paris“ schreibt anlässlich der Aufhebung der militärischen Sanktionen, daß es keinem Zweifel unterliege, daß auch die militärischen Sanktionen aufgehoben werden würden, wenn die deutsche Regierung die von General Nollet hinsichtlich der Entmilitarisierung der deutschen Polizei verlangte vollkommene Veruhigung gegeben habe.

Die Neuherung des französischen Blattes verdient die Aufmerksamkeit. Würde die von uns stets geforderte Entmilitarisierung der Schutzpolizei vorgenommen werden, die von dem gesamten Ausland als eine militärische Formation zur Ergänzung der Reichswehr betrachtet wird, so würde auch die Frage der Aufhebung der militärischen Sanktionen ein anderes Gesicht bekommen. Es liegt also an den Anhängern und Befürwortern der militärischen Schutzpolizei, wenn die für Deutschland so drückenden militärischen Sanktionen nicht aufgehoben werden.

### Die Zusammensetzung des „Kontrollorganismus“

EE. Paris, 1. Oktober.

Hayas meldet aus Koblenz zur Aufhebung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, daß ein Kontrollorganismus vorgesehen, der die Ausgabe der Einflußlizenzen zu überwachen hat und künftig vermeiden soll, daß Deutschland wie bisher Unterschiede zwischen den Alliierten macht, was nach dem Versailler Vertrag verboten sei. Nächstens werden in Koblenz Sachverständige zusammentreten, um Einzelheiten über die Organisation dieser Ueberwachungskommission festzulegen.

### Die Bezahung der variablen Jahresraten

EE. Paris, 1. Oktober.

Die Berliner offizielle Note über die Beratungen des Garantiekomitees mit den Vertretern der deutschen Regierung über die Bezahung der variablen Jahresraten wurde veröffentlicht. Nur das

zum „Gelegenheitsgelingen“ haben. Denn sofern sie ihre zunächst agitatorischen Drohungen wahr machen, werden sie gewiß bei der Arbeiterschaft vollends abwirtschaften.

## Ein mißglückter Abschüttelungsversuch

### Die äußerste Rechte gegen Hergt

Der deutschnationale Parteivorstand Hergt hat gestern versucht, die Mörder Erzbergers von den Reichshöfen seiner Partei abzuschütteln, indem er erklärte, daß die deutschnationale Partei nicht verantwortlich sei für die Handlungen von Leuten, die „ultrarechts“ stehen. Dieser Abschüttelungsversuch des deutschnationalen Führers ist ihm schlecht bekommen. In dem Organ der äußersten Rechten, dem „Deutschen Tageblatt“, schreibt Herr A. d. Zimmermann höchst erbittert:

„Eine Stelle in Hergts Rede wird besonders bei näherem Kennern der Verhältnisse in unseren Reihen Aufmerksamkeit erregen. Herr Hergt wünscht nicht verantwortlich gemacht zu werden für das Tun und Lassen von Kreisen, die weiter rechts stehen als er. Er nennt sie „ultrarechts“; die Stimmen dieser Ultrarechten waren aber der Partei bisher immer recht angenehm und sind auch wirklich für sie schwer entbehrlich. Die Bemerkung klingt an Ort und Stelle so, wie eine kleine freundliche Einladung zur Staubabschüttelung.“

Herr Zimmermann ist unmittelbar nach der Ermordung Erzbergers im „Deutschen Tageblatt“ mit äußerster Wärme für die Mörder eingetreten, deren Tat er mit der des Studenten Sand verglich, der im Jahre 1819 den russischen Spieß Hohenberg ermordete. Er billigte durchaus den Mord und erklärte, daß es „geschichtlich gesehen“ überaus natürlich war, daß „Nichter Lynch“ auf dem Plan erschienen war. Nun ist dieser Mann natürlich höchst erbittert über den Abschüttelungsversuch, den Herr Hergt gegenüber der äußersten Rechten versucht, deren Stimmen, wie er feststellt, für die deutschnationale Partei „bisher immer recht angenehm“ waren und auch wirklich für sie „schwer entbehrlich“ seien. Es wird sich, wie wir hinzufügen möchten, wohl nicht allein um die Stimmen, sondern vor allen Dingen um die Revolver und sonstigen Mordwerkzeuge der äußersten Rechten handeln, die für die Partei des Herrn Hergt in Aktion traten. Kein Wunder, daß die Inhaber dieser Mordwerkzeuge sich jetzt dagegen wehren, den tatsächlichen Bedürfnissen der deutschnationalen Partei zum Opfer gebracht zu werden. Herr Hergt hat den Versuch gemacht, seine Partei als einen „Klub der Harmlosen“ darzustellen. Herr Zimmermann dagegen stellt fest, daß diese gemachte Harmlosigkeit nur eines der besannenen Täuschungsmotive der deutschnationalen Partei ist.

## Zentrum und Regierungsbildung

Die „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz“ schreibt:

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich in mehrwöchigen Verhandlungen mit der allgemeinen politischen Lage befaßt. Die Aussprache ergab in allen grundsätzlichen Fragen volle Übereinstimmung in der Fraktion. Aufgetauchte Mißverständnisse sind völlig beseitigt. Das Ziel der führenden Männer unserer Partei, insbesondere auch des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten, ist dasselbe. Die Zentrumsfraktion hat sich von dem durchsichtigen Bestreben der Reichspressen und der Linkspressen, dem Reichskanzler Dr. Wirth und den preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald gegeneinander auszuspielen, um dadurch den Sturz beider herbeizuführen und das Zentrum zu sprengen, nicht beirren lassen. Es bestand hierfür um so weniger eine Gefahr, als der Gedanke der Politik der breiten Mitte nicht etwa nur von Stegerwald, sondern von der gesamten Zentrumsfraktion, einschließlich des Reichskanzlers Dr. Wirth, vertreten wird. Die Ergebnisse der Fraktionsverhandlungen wurden in folgendem, einstimmig angenommenen Satze festgelegt:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstages billigt die Politik des Reichskanzlers und spricht ihm erneut ihr Vertrauen aus. Sie ist entschlossen, die Reichsverfassung und die durch sie festgelegte Staatsform gegen Be-

drohungen, von welcher Seite sie kommen mögen, nachdrücklich zu schützen.“

In der Überzeugung, daß nur ehrlicher Erfüllungswille unser Vaterland vor dem schlimmsten Unheil retten kann, unterstützt sie die Reichsregierung in ihrem Bestreben, die durch den Versailler Gewaltfrieden und das Ultimatum dem deutschen Volke aufgezungenen Verpflichtungen bis zur Grenze des Möglichen zu erfüllen. Als unerlässliche Voraussetzung der Gelöbnis unserer inner- und außenpolitischen Verhältnisse betrachtet sie eine starke und zielbewusste Politik der Mitte auf breiter Grundlage.“

Da die obenstehende Kundgebung erst nach mehrtägigen Beratungen beschlossene wurde, dürfte es, trotz der Geschicklichkeit der Zentrumsdiplomaten, nicht leicht gewesen sein, die „Mißverständnisse“, von denen die Kundgebung spricht, zu beseitigen und die widerstrebbenden Richtungen in der Zentrumsfraktion unter einen Hut zu bringen. Das Ergebnis ist offensichtlich ein Sieg Stegerwalds, dessen „Politik der Mitte“ die Sanktion der Fraktion gefunden hat und der sich nun die allergrößte Mühe gibt, den Posten des preußischen Ministerpräsidenten zu behalten. Fernwunderlich ist dieser Ausgang nicht, nachdem die Rechtssozialisten sich in Görlich selbst zur Politik Stegerwalds gewandelt haben.

## Bürgerliche Besorgnisse

Zu dem heute früh wiedergegebenen Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Frage der Regierungsbildung schreibt das „Berliner Tageblatt“:

„Dieser Beschluß der Sozialdemokratie, der in dem Augenblick erfolgt, wo die Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei bereits vorgeschritten sind, dürfte zunächst auf die ablehnende Haltung zurückzuführen sein, die ein Teil der sozialdemokratischen Wählermassen in Berlin und im Reich der Götlicher Resolution gegenüber eingenommen hat. Die Unabhängigen haben es bisher noch nicht abgelehnt, mit bürgerlichen Parteien an der Regierung teilzunehmen. Die jetzt beschlossene neuerliche Anfrage der Mehrheitssozialdemokratie läßt nicht erkennen, ob es sich um eine Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Unabhängigen, oder um eine Kabinettsbildung ohne Volkspartei, aber mit den Unabhängigen handeln soll. Würde das letztere der Fall, so könnten alle bisher eingeleiteten Schritte, und auch die für die Beschaffung der Goldbeiseln durch die Industrie, dadurch vernichtet werden.“

Die Neuherung des führenden demokratischen Organs zeigt, daß sich das liberale Bürgertum selbst vor dem Gedanken des Eintritts der Unabhängigen in die Regierung bekreuzigt.

## Entlarvte Heuchler

Die Deutschnationalen haben im Reichstag erneut eine Anfrage eingebracht über angebliche Fälle rechtswidriger Bedrohungen und Gewalttaten gegen rechtstehende Kreise. Sie zählen darin zwanzig Punkte auf. Als 8. Punkt erscheint der folgende:

„Anträge der Deutschnationalen Volkspartei des Landesverbandes Braunschweig, die sozialdemokratische Zeitung „Der Volksfreund“ und die unabhängige Zeitung „Freiheit“ wegen verschiedener Artikel, in denen zu Gewalttaten aufgereizt wurde, zu verbieten, sind vom Braunschweiger Staatsministerium nicht beantwortet worden.“

Die Deutschnationalen, die bisher die Ausnahmeverordnung der Regierung gerade wegen der Verletzung der Pressefreiheit bekämpft haben und sich dabei, wie noch gestern im Reichstage ihr Redner Hergt, als grundsätzliche Anhänger der Pressefreiheit aufspielten, entpuppen sich damit als vollendete Heuchler. Sie verstehen unter Pressefreiheit nur die Freiheit der deutschnationalen Presse. Sozialistische Zeitungen aber sollen verboten werden. Diese Auffassung entspricht durchaus dem Grundgedanken der deutschnationalen Politik. Deshalb hat sich diese Partei ja auch so warm für den Ausnahmezustand in Bayern eingesetzt, deshalb umjubelt sie das Regime, welches durch Hortys in Ungarn ausgerichtet ist. Wenn die deutschnationale Partei zur Alleinherrschaft kommen würde, dann würden in Deutschland sehr bald nur noch solche Zeitungen erscheinen

können, die jeden Tag mit Schlagzeilen zur Ermordung politischer Gegner auffordern und den Mörder Lorbeerkränze winden. Das ist dann „Pressefreiheit“, Marke: Deutschnational!

## Adel verpflichtet

### Der Graf von Oppersdorf

Die Adligen sollen die Besten und Besten der Nation sein. Der Beweis dafür war ihre Tätigkeit im Herrenhause und in den Garderegimentern und später in den Stappen des Weltkrieges. Ja, sie waren und sind immer voran, wo es gegen die Proletarier ging, aber jedermann kann in den nationalen Zeitungen nachlesen, daß man eben daran adlige Gesinnung und wahre Vaterlandsliebe erkennt.

Einer dieser Besten und Besten ist Hans Georg Reichsgraf von Oppersdorf, Majoratsherr auf Oberglogau, Ritter des Roten Adlerordens und des Bayerischen St. Michaelsordens, Oberleutnant a. D. im Gardeulantenregiment.

Im Jahre 1907 kam er als Abgeordneter des Zentrums in den Reichstag, zu dessen rechten Flügel er gehörte. Als er 1912 nur mit Hilfe der Polen gegen den freimännigen Kandidaten der deutschen Parteien im Wahlkreis Graudenz-Bissa durch die Stichwahl kam, wurde er vom Zentrum ausgeschlossen. Aber die konservativen erbatmen sich seiner mit Gott für König und Vaterland und nahmen den lehnsireuen Grafen als Hospitanten auf.

Im Jahre 1920 hat er der Abwicklungstelle des 6. Armeekorps seine persönliche und finanzielle Unterstützung an, um für die deutsche Sache im Abstimmungsstumpf zu werben. Als dann ein Jahr später die Interalliierte Kommission ins Land kam, schwenkte er um und erwiderte keine polnische Vaterlandsliebe. Zur Zeit weilt Oppersdorf in Genf, um die Entscheidung des Völkerbundes zu verhindern.

Der preussisch-deutsche Würdenträger und Hospitant der Konservativen hat nämlich große Besitzungen in Kongresspolen, und die Anhebung der Fideikommiss bedroht den Besitzstand der 17 Rittergüter und Gutsbezirke seines schlesischen Majorats. Ja, Adel verpflichtet!

## Die Festschließung der deutschen Zahlungen

Amlich wird mitgeteilt:

Im Verlaufe der Sitzungen, welche das Garantiekomitee während der ersten drei Tage der Woche mit den Vertretern der deutschen Regierung abgehalten hat, hat das Komitee insbesondere die Lage hinsichtlich der von Deutschland am nächsten 15. November zu leistenden Zahlung geprüft; diese Zahlung stellt die erste Quartalsrate der variablen Annuität dar, deren Betrag nach Maßgabe der Ausführziffern endgültig festzusetzen ist. Die deutsche Regierung hat dem Komitee ihre Schätzung des Wertes der Ausfuhr für das am 1. Mai beginnende Quartal mitgeteilt; dieser Wert bildet die Grundlage für die Festschließung des Betrages der Zahlung am 15. November. Das Komitee hat diese Zahlen vorläufig anerkannt. Sie werden noch den Gegenstand einer ins einzelne gehenden Nachprüfung und gegebenenfalls einer späteren Richtigstellung bilden.

Werden die seit dem 1. Mai 1921 bereits gemachten und die bis Ende Oktober noch auszuführenden Sachlieferungen sowie der Ertrag der Abgabe berücksichtigt, die in gewissen alliierten Ländern kraft des Recovery Act oder analoger gesetzlicher Bestimmungen von der deutschen Ausfuhr erhoben wird, so ergibt sich, daß die nächste Rate vom 15. November gedeckt ist, ohne daß es erforderlich ist, zu dem Mittel neuer Darzahlungen zu greifen.

Das Garantiekomitee erläßt eine gleiche offizielle Mitteilung.

Die Opposition gegen Görlich. Die Spanbauer Rechtssozialisten nahmen in einer Mitgliederversammlung eine Entschlieung an, in der einstimmig gegen die Götlicher Beschlüsse auf Erweiterung der Regierungskoalition mit der Deutschen Volkspartei Protest erhoben wird. Dafür wird ein Zusammengehen mit der U. S. P. D. verlangt.

Vier Millionen Arbeitslose in Amerika. Das Staatsamt in Washington meldet, daß die Zahl der Arbeitslosen augenblicklich vier Millionen beträgt.

## Ernst Toller: Masse Mensch

### In der Volksbühne

Tollers erstes Drama: „Die Wandlung“ ist eine Dichtung gegen den Krieg. Tollers zweites Drama: „Masse Mensch“ eine Dichtung gegen den Bürgerkrieg.

Der Dichter der „Wandlung“ schilderte seine Entwicklung vom Kriegsfreiwilligen zum Revolutionär. Schildert „Masse Mensch“ die Wandlung des Revolutionärs zum Pazifisten?

„Die Wandlung“ rief zu einer Zertrümmerung des Alten auf — aber mit Güte. „Befinnst euch, daß ihr Menschen seid!“ rief der Held den Massen nach, die zur Tat gingen. Und mit Elmer, seinem Lehrer, konnte Toller rühmen, daß Bayern Republik geworden war, ohne einen Tropfen Blutverlust.

Aber war nicht Toller Roter Kommandant von Dachau? Hat Niederschönenfeld, die Festung, den Führer der Münchner Räterepublik, zum Lamm gemacht?

Wie wenig weiß die Öffentlichkeit von den Menschen, von denen sie am meisten spricht. Nach der Statistik von Gumpel sind durch proletarische Schuld in der Münchner Räterepublik vierzehn Menschen getötet worden. Die Gerichtsverhandlung gegen Toller hat ergeben, daß er mit keiner Tötung auch nur das geringste zu tun hatte. Fest steht dagegen, daß Toller gegen die Ausrufung der ersten Räterepublik war, bei der Ausrufung der zweiten (kommunistischen) nicht in München wollte, daß er keine Machtstellung benutzte, um die Revolution und das Proletariat vor dem sicheren Untergang durch Verhandlungen mit der Bamberger Regierung zu retten, die ohne seine Schuld gefangenen Geiseln freisetzte, die Mörder Eisners vor Ermordung schützte, Requisitionen verbündete und durch Wlataschlag seinen Abscheu über den Gekschmord Egelhofers aussprach. Toller wirkte in der vorangegangenen, zu Wulshäusern von vornherein verurteilten Revolution im Geiste der „Wandlung“, im Geiste von „Masse Mensch“.

Aber genügt dies zur Rechtfertigung des Menschen Toller vor dem Dichter Toller? Es genügt ihm nicht. Und deshalb steht die Frage nach der „Schuld“ in der Mitte seines neuen Dramas. Beantworten wir die Frage erst persönlich, da doch die Dichtung eine aller Welt bekannte Wirklichkeit darstellt.

Eine tragische, aber ehrenvolle Schuld trifft Toller, weil er gegen sein besseres Wissen, aus proletarischem Pflichtgefühl, bei der Sache blieb, auch dann, als sie in den offenen Untergang wies. Aber wer drängte? Was drängte? Toller antwortet in seinem Drama: die Masse! Wirklich die Masse? Wirklich die Not? Die Masse drängte, von Not und revolutionärem Willen getrieben. Aber das unheilvolle Ziel, das sie suchte, die Räterepublik, das suchte sie nur, weil der deutsche Sozialismus ohne jedes Schöpfervermögen vor den Problemen der Revolution

stand, ohnmächtig, den Massen ein Ziel zu zeigen, das sie verstanden und mitgeschaut hätten, während der Bolschewismus mit dem Schein seiner angeblichen Taten die Masse begelbete und eine, teils ungeschulte, teils charakterchwache Führerschaft mit sich rief. Heute wissen wir, daß der Bolschewismus mit seiner rücksichtslosen Theorie überall nichts anderes war, als das größte Unglück des Proletariats.

Vor der Problemwelt, die sein friedliches Wollen in ein blutiges Handeln trieb, steht Toller als Dichter von „Masse Mensch“. Aber leider steht er nur als Dichter, nur als Gefährten, nur als der Intellektuelle von 1918 danor. Kein Wort des Tadels gegen ihn, der nicht nur der wahrhaftigste Dichter, sondern auch der sittlichste Täter der deutschen Intellektuellenhaft ist. Es zeigt sich aber auch im Drama, daß er die eigentlichen Probleme nicht sieht. Sein Konflikt konzentriert sich um ein großes, schmerzliches, politisch oder nicht entscheidendes Problem: darf Menschenblut vergossen werden für die Befreiung der Menschheit? Toller sagt und brüllt: Nein! Was sagt uns unser Empfinden (und ich sage es auch, obwohl ich kaum eine Motte töten kann): Die ruhmvolle Opfer des November 1918 — auch sie, auch sie Menschen! — beweinen wir nicht. Ihr Tod hat so Unermessliches erlauft, daß ihr Leben klein daneben ist. Aber die Opfer von München beweinen wir, denn ihr Tod ist elend und geschaffen hat er nichts. Tollers Heldin Sonja Irene L. lehnt jedes Menschenopfer für eine Idee ab. „Die Lehre über alles!“ ruft der Ramonlose (der Sprecher des Massenwillens), „Der Mensch über alles“, antwortet Sonja. „Der Menschenblut um seinetwillen fordert, ist Moloch: Gott war Moloch, Staat war Moloch, Masse war Moloch. Einst . . . Gemeinschaft . . . Werkverbundene freie Menschheit . . . Wert — Volk.“

Kuher dem reinen Pazifisten, dessen Wollen das edelste ist, der aber die Dinge nur formal begriff, wird kaum ein Sozialist, und sei er der rechtschändigste, der prinzipiellste Blutfeind, Tollers Lösung akzeptieren. Fluch über alle, die, ohne sich selbst zu opfern, Massen opfern. Aber nicht die Masse ist, wie Toller glaubt, Ausbruch von Leid und Rache, ein Moloch, der Menschenopfer fordert. Die Masse, die vorstürmt, opfert sich selbst. Schuldig ist, wer die Opfer fordert, ohne zu ihnen bereit zu sein. Schuldig ist etwas ganz, ganz anderes als die Masse. Wahr etwas ganz, ganz anderes als Sonjas Ehrfurcht vor dem Menschendasein.

Toller hat die sozialistische Dialektik seines Wertes an einer geistig gewiß ungenügenden Einstellung heraus geholt zu einer menschlich und visionär packenden Szenenfolge gestaltet. Als sozialistischer Kritiker kann einem die Richtigkeit seiner Probleme nicht gleichgültig sein, aber als Mensch fühlt man sich durch die sittliche Leidenschaft . . . des Wahrheitsliebenden gepackt, den sein Wahrheitsdrang über alle Dichter seiner Generation hebt, mag er auch als Dichter nicht der eigenste sein. Daß ihn Strindbergs

Witonen bis an den Schreibtisch verfolgen, ist weniger schlimm, als daß er in seinem Suchen und Rämpfen um „poetischen“ Ausdruck Schüler der . . . inheim und Kaiser geworden ist. Steht er doch hoch über „nen, weil er dichtet, wie er muß, während die anderen dichten, weil sie alles können.“

Toller hat die Dialektik seiner abstrakten Probleme in eine Welt des Sinnlichen verwandelt, während das Sinnlich-Menschliche, die Konflikte, an denen seine Menschen leiden, in eine flüchtige Sphäre des traumhaft Grauen verflüchtigt sind und die Träger dieser Konflikte als geistliche Schemen zurückfallen. Nicht die Blässe der Figuren, sondern die schwächliche Verteilung der Probleme, die Annahme: Masse ist Blutrausch und Pazifismus die Forderung einer bürgerlichen Frau, ist das Schwächste des Stüdes, durch dessen liebten Szenen Sonja wie eine Antigone des Proletariats geht. Die erste, dritte, fünfte, siebente sind wirklich, die zweite, vierte, sechste sind Träume. Die Wirklichkeitsknoten sind das eigentliche Drama. Die Traumsequenzen stellen die innere Passion der Sonja dar, die, Fläche von Schuld auf sich ladend, gegen ihren Willen von Tat zu Tat schreitet.

Die Aufführung der Volksbühne war sehr stark, aber der Regisseur Jürgen Febling hat offenbar das Wesen dieses Wechsels von Traum und Wirklichkeit nicht verstanden, sonst hätte er unmöglich alle Szenen in einen unbegrenzten Raum von Schwarz gestellt, den Lichter durchschneiden und eine Treppe nur von oben nach unten absteigt. Wohl wurden die Traumsequenzen durch einen gesteigerten Schwall von Musik über die Lebenssequenzen gehoben, aber die Ausmerzungen aller Lebensrealitäten, den menschlichen Anweisungen des Buches zum Trotz, ließ auch die realen Szenen zu nahe bei den traumhaften stehen. Wie hätte die Ausführung erst gewirkt, wieviel besser wäre das Werk verstanden worden, wenn Fehling eine starke, frächtige Scheidung zwischen Traum und Leben gezogen hätte.

Trotzdem bleibt die Aufführung eine Leistung ersten Ranges. Noch niemals hat die Volksbühne eine Aufführung gezeigt, in der alles so gekonnt war, wie es gekonnt wurde. Eine Dankkraft ging von der Darstellung aus, obwohl kein einziger Mitwirkender eine bedeutende persönliche schauspielerische Leistung bot. Aber die Besten und die Einflästen waren ein Ganzes, kein Sprecher der Arbeiterklasse wirkte wie ein Statist, jeder war ein ausgeglichter Teil der revolutionären Masse. Wie sich eine Arbeitergruppe unter dem Feuer der Maschinengewehre an die Wand presste und mit Todesstolz zu neuen Worten Tollers den alten Schachgesellschaft der Marcella's fanatisch hämmern brüllte, bis eine Wand einstürzte, eine m. i. f. f. f. gefüllte Gruppe von Stahlhelmen dahinter sich und alles nun ein Blutbad erwartete, Toller aber mit nicht gering zu rühmendem Takt den Offizier nur wenige schäliche Worte, ein „Hände hoch“ und die Verhaftung der Sonja ansprechen läßt, das wirkte so erschütternd, daß mir der Beifall des



**Skandalöse Missetaten in einer Heilanstalt**

Grauenhafte Missetaten in einer Heilanstalt, dem im Westen gelegenen Sanatorium Walzburg, deckte gestern eine Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts III auf. Wegen fahrlässiger Tötung war die frühere Sanatoriumsbesitzerin und Oberin Alice Brill angeklagt. Der Fabrikbesitzer H. mußte seine unmittelbar vor ihrer Niederkunft stehende Villa in das Sanatorium Walzburg bringen, wo die Frau in ein Bett gelegt wurde, welches gerade von einer an septischer Lungenerkrankung verstorbenen Frau E. geräumt worden war. Die Angehörigen und früheren Angestellten des Sanatoriums vor Gericht beauftragt, habe in dem Sanatorium die größte Schmutzerei geherrscht. Da ein Leichenaufbewahrungsräum nicht vorhanden war, wurde die Leiche der Frau E. fünf Tage lang auf einer Tragbahn stets hin und her geschleppt und lag entweder im Badezimmer oder im Operationszimmer, so daß es vor Gestank kein Mensch aushalten konnte. In Gegenwart der zugeordneten Leiche fand die erste Untersuchung der Frau E. statt. In dem Badezimmer, das gleichzeitig als Toilette für die Patienten diente, lagen blutig-eitrigte Verbandstoffe herum, während in der Badewanne, in der sonst die Patienten baden mußten, blutige Wäsche gereinigt wurde. Obwohl nach der Konzeption Patienten mit ansteckenden Krankheiten nicht aufgenommen werden durften, befanden sich dort ein Tuberkuloser und mehrere an schwerer Lues leidende Patienten, die die gemeinsamen Toiletten benutzten. Da außerdem überall ein ungläublicher Schmutz herrschte, war es kein Wunder, daß Wunden, Schwa ben und Rläuse in diesem Institut für Hygiene ebenfalls eine gewisse Rolle spielten. Es war auch weiter kein Wunder, daß inmitten dieses Schmutzes die Frau E. von einem fogen, septischen Kindbetteher befallen wurde und am 3. November verstarb. Während der Kriegszeit wurden in diesem Sanatorium, wie der „Vorwärts“ mitteilt, völlig gesunde Personen verpflegt, die das nötige Geld dazu hatten. Auch stand das Sanatorium in dem Ruf eines öffentlichen Hauses. Der Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Ruge vom Obermedizinalkollegium befandete als Sachverständiger, daß die befundenen Zustände natürlich Missetate aller Art darstellten, daß aber trotzdem der Kausalzusammenhang zwischen diesen Zuständen und dem Tode der Frau E. sich nicht feststellen lassen könne. Auch die von den Jurisprudenz Fakultät und Chodasiesner geladenen Sachverständigen Prof. Dr. Rogel, Kreisarzt Dr. Trombur und Dr. med. Hugo Sonnenfeld bezeichneten die Zustände als skandalös, erklärten aber ebenfalls, daß es sich nicht mit Sicherheit feststellen lasse, ob diese Zustände Mitursache an dem Tode der Frau E. seien. Der Staatsanwalt beantragte unter diesen Umständen die Freisprechung. Das Gericht brachte in der Urteilsbegründung zum Ausdruck, daß die Angeklagte Brill diese geradezu ungläublichen Schmutzereien verschuldet und geduldet habe und daß doch gewisse Zweifel vorhanden seien, ob sie nicht doch Missetate an dem Tode der Frau E. habe. Da aber im Zweifel stets zugunsten der Angeklagten entschieden werden müsse, habe das Gericht auf Freisprechung erkennen müssen.

**Das Kohlenamt teilt mit:** Durch die Verordnung des Herrn Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 21. September 1921 ist die Zwangsbewirtschaftung sämtlicher Verkohlungsprodukte, einschließlich brennbarer fester Abfallprodukte jeder Art, wie Schlammkohle, Koksgrus, Generator-Rückstände, Schlacke, Kammerrückstände und dergleichen mit Wirkung vom 1. Oktober aufgehoben worden. Dementsprechend hat, soweit diese Produkte in Frage kommen, mit Wirkung vom gleichen Tage die Verordnung des Magistrats Berlin über die Kohlenverteilung für Hausbrand, Kleinindustrie und Landwirtschaft vom 30. März 1921 eine Abänderung erfahren.

Der Winterfahrplan der Hochbahn ist heute früh in Kraft getreten. Er bringt auf der Hauptstrecke Alexanderplatz - Wittenbergplatz eine wesentlich verstärkte Zugfolge in der Weise, daß in den Morgen- und Nachmittagsstunden bis gegen 8 Uhr abends drei Züge in zehn Minuten fahren werden, statt der jetzt verkehrenden zwei Züge. Im Spätverkehr, das heißt von etwa 12 Uhr abends ab werden wegen des geringen Verkehrsbedürfnisses auf den Hauptstrecken die Züge alle zehn Minuten, auf den Außenstrecken in Abständen von wenigen Minuten fahren. Der letzte Zug vom Bahnhof Friedrichstraße fährt von jetzt ab nach dem Westen mit Anschluß nach dem Ostern, Schönberg, Westend und Umlandtrasse um 1 Uhr 7 Min., nach Wilhelmsdorf-Dahlem um 1 Uhr 2 Minuten, nach dem Norden um 1 Uhr 14 Minuten nachts.

Essentielle Schulausstellung in Neudamm. Am Sonntag, den 2. Oktober, findet in der 31. und 32. Gemeindestraße, Kottbusstraße, in der Zeit von 10-7 Uhr eine Schulausstellung statt. In etwa 30 Räumen werden Schülerarbeiten ausgestellt, wie: Zeichnungen, Aufsätze, Knet-, Brel-, Papp-, Papier-, Strich- und Handarbeiten, Esperanto, Schriftpollen, Kurzschrift usw. Straßenbahnhaltestelle Weichselstraße der Linien 3, P, 65, 89, V (Kaiser-Friedrich-Str.), 7, 15, 27, 47, 48, 53, Südring (Berliner Straße).

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgegend am Sonntag. Ein wenig wärmer, trocken und überwiegend heiter, zeitweise wolfig bei mäßigen südöstlichen Winden.

**Gewerkschaftliches**

**Zur Bewegung der gastwirtschaftlichen Arbeitnehmer für feste Entlohnung**

Am heutigen Tage beginnt in Berlin eine Arbeitseinsetzung im Gastwirts Gewerbe, die ihrer grundsätzlichen Bedeutung wegen ein ganz besonderes Interesse beansprucht. Scharf steht die Entlohnung der Kellner im Vordergrund. Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten verlangte anlässlich des gestrigen Tarifabschlusses die Beseitigung aller Prozente und die Zahlung eines festen, auskömmlichen Wochenlohnes unter Ausschlag aller Nebeneinnahmen. Die Arbeitnehmer dagegen forderten die Beseitigung der bisherigen Entlohnungsform (gewisse feste Pöhme plus 2 resp. 3 Prozent vom Umsatz) und verwiesen die Kellner lediglich auf ein sogenanntes „Bedienungsgeld“, d. h. auf ein zwangswise auf 10 Prozent der Woche festgesetztes Trinkgeld. Das Verlangen nach Beseitigung des Trinkgeldbetteils und der Bunch, es zu verewigen, fanden sich also schroff gegenüber. Ein Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses bewegte sich auf der mittleren Linie: Beibehaltung der bisherigen Entlohnungsform. Die Arbeitnehmer nahmen ihn an, die Arbeitgeber lehnten ab. Die Gründe der Ablehnung müssen unterzucht werden, wenn man klar sehen will. Wenn das Publikum schon nach dem Willen der Gastwirte und Hotelbesitzer mit einer neuen Steuer von 10 Prozent belastet werden soll, dann könnte es ihnen gleich sein, ob sie in der Preiserhöhung oder als Bedienungsgeld zum Ausdruck kommt. Die Arbeitnehmer müßten vielmehr ein Interesse daran haben, die Preise zu erhöhen, denn sie haben bei den Verhandlungen oft genug erklärt, daß diese 10 Prozent weit mehr ausmachen, als von den Organisationen als Entlohnung der Kellner gefordert wird. Sie könnten also ohne weiteres „bewilligen“ und befehlen nach ihren eigenen Vorstellungen noch ein erhebliches Sämmden übrig, das sie zur Aufbesserung des übrigen selbstbedienten Personals oder zur Milderung ihrer eigenen Notlage verwenden könnten. Eine friedliche Lösung der Frage läge also durchaus im Bereiche der wirtschaftlichen Möglichkeit. Schon daran erkennt man, daß sich der Kampf nur scheinbar um das Lohnsystem dreht.

Im deutschen Gastwirts Gewerbe sind schon seit Jahre und Tag Bestrebungen im Gange, Tarifabschlüsse überhaupt zu verhindern. In Köln haben sie zu einem wochenlangen Streik geführt. In Koblenz haben die Arbeitnehmer erst vor einigen Tagen erklärt: Wir geben 60 Prozent Teuerungszulage, aber keine weiteren Schritte. Die Berliner gehen einen anderen Weg, aber das Ziel ist dasselbe: Beseitigung der Tarife, Ausschluß der Organisation, wenn möglich ihre Zerrümmung. Zu diesem Zwecke suchen sie betriebsweise zu Lohnvereinbarungen zu kommen, bei denen das Geld keine Rolle spielt. Der Kellnern werden dabei weit höhere Trinkgelder einbezogen, „garantiert“, als die Organisation Löhne fordert. Den Köchen wurden Löhne angeboten, die über die Forderungen des neuen Tarifentwurfs hinausgehen. Ein großes Haus bietet ihnen sogar die bisher so verpönten Umsatzprocente. Aber von einem „Maniertarif“ ist bei allen diesen Angeboten keine Rede. Kommt man durch die Einzelabschlüsse um den Lohnvertrag herum, so verschwindet auch der Manteltarif in der Verfertigung. Mit ihm verschwindet die durchgehende Arbeitszeit, verschwinden die Urlaubstage, die Gehaltszahlung in Krankheitsfällen, kurz alles, was bisher errungen wurde. Selbstverständlich verschwindet damit auch das Interesse an der gewerkschaftlichen Organisation und die ganze Arbeiterbewegung im Gastwirts Gewerbe wird auf den Stand der Vorkriegszeit zurückgeworfen. Das ist das eigentliche, kaum noch verhängte Ziel der Arbeitgeberorganisationen, und deshalb müssen alle gastwirtschaftlichen Angestellten ihre vollen Kräfte gegen dafür einlegen, daß sie als Sieger aus dem jetzigen Kampfe hervorgehen.

In sechs überfüllten Versammlungen, die heute nachts um 1 Uhr stattfanden, beschäftigten sich die Gastwirtsangestellten mit obigen Fragen und beschloßen, heute in den Streik zu treten.

**Rundgebung der Angestellten der Bekleidungsindustrie**

Am Donnerstag, den 29. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, fand im Lustgarten eine große Versammlung der Arbeiter und Angestellten der Bekleidungsindustrie statt, in der die Kollegen Goltfusch, Vudlich, Salewski und Wolter über das Thema: „Vor neuem Kämpfen“ referierten. Diese Versammlung war vom Kartell der freien Gewerkschaften in Bekleidungsindustrie und Textilhandel einberufen und von etwa 10.000 Personen besucht. Die Referenten schilderten die gegenwärtige Wirtschaftslage und die sich daraus für die Arbeitnehmererschaft erzenen Aufhebungen der Arbeiter und Angestellten, um die nachteiligen Wirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung auf die Lage der Arbeitnehmererschaft nach Möglichkeit zu beseitigen. Während auf der einen Seite die Arbeitgeber dieser Branchen riesige Profite einstreichen, muß die Arbeitnehmererschaft

darben. Daraus ergibt sich für die Arbeitnehmer die Notwendigkeit, ihre Kampffront zu verfestern, um nicht nur eine Besserung der Lebensverhältnisse herbeizuführen, sondern auch auf die Abstellung der Methoden hinzuwirken, die zu den heutigen abnormen Verhältnissen in diesen Branchen führten. Die Vorkammern beauftragten durch ihren starken Beifall zu den Ausführungen der Referenten den Willen, in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften den Kampf der Arbeitnehmer so zu organisieren, daß das gesteckte Ziel auch erreicht wird.

**U. S. D. Betriebsobleute, Fraktionsvorsitzende, politische Vertrauensleute**

Die Parteiliste hat gestern zur Stadtverordnetenwahl ein Frauenflugblatt herausgegeben. Die oben bezeichneten Funktionäre aller Industrien und Betriebe, welche starke weibliche Belegschaft haben, werden dringend ersucht, sofort die entsprechende Anzahl Flugblätter im Parteibureau, Breite Straße 8-9, in der Zeit von 10 bis 5 Uhr abzuholen. Bez.-Verb. Berlin-Brandenburg U. S. D. J. A. H. Holz.

**Gewerbehygiene**

In der Betriebsärztschule der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale beginnt Dienstag, den 4. Oktober 1921, abends 7 Uhr, im Zimmer 204 des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, Bochumer Str. 8-9, ein Kurs über Gewerbehygiene. Hörfahrten hierzu sind im Bureau der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Engelufer 24/25, erhältlich. Auch können die Kollegen sich direkt in den Kurs begeben und die Höhegebühr von 6 M beim Vertrauensmann einrichten. Arbeitslose erhalten die Karten unentgeltlich.

**Bayenhofer.** Im Sonntag vormittag 9 Uhr Versammlung sämtlicher Kopf- und Handarbeiter der Schultheiß-Bayenhofer Betriebe in der Bodbrauerei, Altdorfstraße. Tagesordnung: 1. Preiserhöhung und die Gelingenfrage der Brauereiarbeiter, 2. Die Weiterbeschäftigung der Saisonarbeiter. Einberufen ist der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats.

**Technisches Wärmepersonal.** Sonntag, den 2. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 25, Restaurant, Mitgliederversammlung, Tagesordnung: Berichtserstattung von den Tarifverhandlungen.

**Tiefbaubetriebsräte.** Am Dienstag, den 4. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 25, Saal 3, Versammlung aller in den Tiefbaubetrieben beschäftigten Betriebsräte und Bauabgeordneten. Freigewerkschaftliche Betriebsrätekarte legitimiert.

**Buchbinder!** Am Dienstag, den 4. Oktober, nachmittags 5 Uhr, findet bei Graumann, Kammstrasse 27, eine Besprechung aller in der Buchbinderei beschäftigten Kolleginnen und Kollegen statt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das unbedingte Erscheinen aller.

**Anwendungsbeweisung**

Soz. Arbeiterjugend Reichender-Weh. Volkshaus, Schornweherstr. 116-118, Montag, den 3. Oktober, von 7-9 Uhr, Vorbereitung zum Elternabend, Mittwoch, den 6. Oktober, von 7-9 Uhr, Vortragsabend Elternabend, Freitag, den 7. Oktober, von 7-9 Uhr, Diskussionsabend, Sonntag, den 9. Oktober, von 6-8 Uhr, Spielabend.

**Parteiveranstaltungen**

**Samstag, 2. Oktober**

- 16. 10 Uhr, 1. Abteilung, vom 8 Uhr Flugblattverteilung bei Grenzpl. Gens. 18, Saal 14, Kottbusstr.
- 17. 10 Uhr, 1. Abteilung, vom 8 Uhr Flugblattverteilung, Schulstr. 14, Gens. 18, Saal 14, Kottbusstr.
- 18. 10 Uhr, 1. Abteilung, vom 8 Uhr Flugblattverteilung, Schulstr. 14, Gens. 18, Saal 14, Kottbusstr.
- 19. 10 Uhr, 1. Abteilung, vom 8 Uhr Flugblattverteilung, Schulstr. 14, Gens. 18, Saal 14, Kottbusstr.

**Montag, 3. Oktober**

- 1. Abteilung, Gruppe B und C, Erntedankfest bei Heinz Kottbusstr. 17.
- 2. Abteilung, Die Genossen besuchen Matz, abends 7 Uhr, die öffentliche Mitgliederversammlung im Tempelhof, Gymnasium, Kottbus-Bochumer-Strasse.
- 3. Abteilung (Kottbus). Abends 8 Uhr Sitzung der Frauenarbeit und Kinderkommission bei Hermanns, Eberstr. 23, u. 4. K.

**Vereinskalender**

**Sonntag, 2. Oktober**

Soz. Arbeiterjugend Reichender-Weh, Kottb. 4 Uhr Einführungabend im Jugendheim, Döberstr. 22, Kottbusstr. Die Parteigenossen werden aufgefordert, ihre Kottbusstrassen Kinder dort hin zu führen.

**Wanzen** Motten, Flöhe, Kopf- und Körperläuse, Schwaben werden radikal vernichtet durch Pfeifferol

Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Apotheker Otto Pfeiffer & Fiechter, Berlin N 65, Schulstrasse 16.

**Botenfrauen sofort gesucht**

Expedition W u h k i Choriner Straße 68 für Tour: Auklamer Str. / Fehrbesliner Str.

**Kleine Anzeigen**

Annahme in allen Expeditionen des Verlags. Das Lieferheftwert 1.- M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto. Einrückungsgebühr: Lieferheftwert 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.- M.

**Kapitän-Rautabal** einmal gepocht - immer gelobt. Feinst. Weißmehl; leicht schmelzbar. In Kisten und in 50 Pfund Behältern.

Verein, Lichtent Berger Straße 22 (Tel.: 843, 3861).

**Verkäufe**

Einmaliges Angebot billig verkauft. Schenk, Kottbusstr. 127.

**Werkzeuge und Maschinen**

Angellager, bromenb schlauch, hochspannend, mit, Kleinmotor, 250 Watt, bei part. links. Meubel Nr. 1020.

**Gold-Silber-Platin**

Goltzkowsky-Straße 13

**Zur Lage in Rußland!**

**Jetzt aktuell!**

Professor Dr. Carl Ballod: **Sowjet-Rußland**

Preis 5.- Mark / Gebunden 8.- Mark

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8-9 sowie in allen „Freiheit“-Expeditionen

**Möbel**

Möbel, wenig gebraucht, verkauft billig. Einmaliges Angebot billig verkauft. Schenk, Kottbusstr. 127.

**Genossen! Werbt für unser Blatt!**